

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates zu dem Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs)

Die Bundesregierung hat bereits bei ihrer Beschlußfassung über den Gesetzentwurf das Für und Wider auch der vom Bundesrat jetzt vorgeschlagenen Regelung geprüft. Sie gibt nach wie vor der von ihr vorgesehenen Regelung den Vorzug und stimmt daher dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu.

